

„Streik ist nur die Ultima Ratio“

Die Wirtschaftskrise hat in vielen Branchen durchgeschlagen. Opel und Quelle waren nur die folgenschwersten Fälle. Vor diesen Werkstoren demonstrierten dann auch Gewerkschaften und erreichten, massiv unterstützt von der Politik, zumindest Übergangslösungen für die Beschäftigten. Auch in der Finanzwirtschaft haben viele tausend Kollegen keinen langfristig sicheren Arbeitsplatz, fast alle müssen Einschnitte in gewachsene Rechte im Betrieb und aus dem Tarif verkraften. Wie sollte eine Arbeitnehmer-Vertretung darauf reagieren? Der FDL sprach mit Armin EHL, Hauptgeschäftsführer der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, die die in Krankenhäusern angestellten Ärzte vertritt.

Herr Ehl, auch der Marburger Bund hat vor einigen Jahren zu Streiks aufgerufen, gekommen sind tausende Ärzte. Welches Fazit ziehen Sie heute?

Die Streiks waren 2005 und 2006 notwendig, anders hätten wir keinen akzeptablen Tarifvertrag abschließen können. Zuvor hatten die Arbeitgeber noch Weihnachtsgeld gekürzt und eine Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden ohne Lohnausgleich verfügt. Das war auch für die tüchtigsten Kollegen zuviel. Aber der Streik war ein riesigen Aufwand und nur die Ultima Ratio.

Viele haben dadurch zum ersten Mal von der Überlastung der Ärzte gehört. Sehen Sie diese Zeit auch als einen Durchbruch für den Marburger Bund?

Es war für uns der Aufbruch aus der Tarifgemeinschaft mit Ver.di und der Beginn des Verhandeln nur für die Berufsgruppe. Wir glauben, dass wir allein besser die Interessen der Ärzte vertreten können. Denn schließlich sind die meisten Mitglieder im Marburger Bund ja selbst Ärzte vor Ort und keine Funktionäre aus irgendeiner Zentrale. Darin gleichen wir wohl den Bankern im DBV.

Was haben Ärzte und Financer gemein?

Die Schnittstellen scheinen nicht besonders groß zu sein. Außer in einem entscheidenden Punkt: Beide Berufsgruppen tragen eine besondere Verantwortung und müssen deswegen eine hohe Belastung aushalten. Beide tragen das aber nicht nach außen, sondern sind eher konservativ und zurückhaltend. Viele Ärzte denken zudem aus Tradition ständisch. Sie sind keine klassischen Gewerkschafts-Mitglieder. Wir wünschen uns, dass mehr Ärzte aus ihrem rein fachlichen Denken herauskommen und auch für Betriebs- und Aufsichtsräte kandidieren.

Das strebt auch der DBV an. Mit welchen Argumenten werben Sie?

Damit, dass wir zwei Leistungen erbringen. Als Gewerkschaft verhandeln wir einen angemessenen Tarif. Als Berufsverband bearbeiten wir die beruflichen Belange z. B. durch die Arbeit in den Ärztekammern, in der Weiter- und Ausbildung, den gesundheitspolitischen Rahmen. So haben wir die Kampagne „Familienfreundliches Krankenhaus“ angeschoben, womit sich Familie und Beruf für unsere Ärzte besser vereinbaren lassen. Fast 200 Kliniken nehmen daran schon teil.

Speziell im DBV müssen wir immer mehr Haustarife aushandeln für ausgelagerte und damit tariflose Teile von Banken...

...das machen die Krankenhäuser nicht, weil wir die speziell angehen, die Tarifflicht versuchen. Es gibt sogar eher noch einen Trend zur Konzentration unter einem Dach. Dabei hilft zweifellos der inzwischen hohe Organisationsgrad der angestellten Ärzte bei uns.

Viele der gewerkschaftlich gebundenen Banker sind bei uns Mitglied, doch die meisten anderen Finanzarbeiter wollen sich auch in der Krise nicht organisieren.

Das liegt wohl daran, dass wir Ärzte immer klar machen konnten, dass wir für die Menschen arbeiten, in einem Heilberuf. Das hat uns die Zustimmung in der Bevölkerung auch während der Streiks gesichert. Und in der Folge haben viele Ärzte gesehen – die Öffentlichkeit ist meinen Zielen nützlich und ich sollte in den Marburger Bund eintreten. Für die Bankangestellten ist es schwer, ein solch positives Bild von sich zu zeichnen und Rückhalt zu bekommen.

Können die Berufsverbände mehr Rückhalt von der neuen Bundesregierung erwarten?

Die Signale stimmen uns leicht optimistisch. Die Grundfesten Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit bleiben, kleinere Berufsgruppen werden sich weiterhin aus den großen Dachverbänden der Gewerkschaften lösen. Und Schwarz-Gelb wird vermutlich den Staatseinfluss nach der Krise wieder zurückfahren, so dass wir noch unabhängiger verhandeln können.

Wie gehen Sie in die Zukunft?

Im Alltag der Ärzte stärker präsent sein, mehr Hilfe über virtuelle Ärzte-Netzwerke anbieten. Außerdem – Image-Arbeit lässt sich nicht vermeiden, damit uns die Öffentlichkeit weiter verstehen kann. Dabei hilft auch die Tradition. Der Marburger Bund besteht nun seit 62 Jahren. Die 115 Jahre des DBV sind also erst recht ein großes Kapital.